

wachsenden Einfluss der grünen Bewegung in China. Die Kampagne sei ein „Meilenstein für Chinas Aktivistengruppen“, zitiert das Blatt einen Professor der Qinghua-Universität.

Umweltorganisationen seien allgemein auf dem Vormarsch in der Volksrepublik, berichtet die *South China Morning Post*. Bislang seien die Aktivisten jedoch unkoordiniert vorgegangen. Außerdem hätten sich Umwelt-NRO in der Vergangenheit vorrangig auf Bildungsmaßnahmen konzentriert. Politisch brisante Themen seien zumeist vermieden worden. Dies habe sich mit der Kampagne am Nujiang geändert: „Früher haben wir Bäume gepflanzt und Recycling gefördert. Doch nun haben wir uns vereinigt, um unserer Stimme Gehör zu verschaffen wie nie zuvor“, erklärte eine Aktivistin der Beijinger Gruppe Green Earth Volunteers.

Inzwischen ist allerdings auch Kritik an der Arbeit der grünen Gruppierung aufgekommen. Unterstützer der NRO bemängelten die fachliche Unkenntnis vieler Aktivisten. Viele Befürworter der Umweltkampagne sind der Meinung, die Vorgehensweise der Organisationen sei zu sehr auf Konfrontation ausgelegt. Oft endeten Besprechungen in emotionalen Auseinandersetzungen. Ein Umweltberater erklärte, die meisten Aktivisten würden auf die neue volksnahe Innenpolitik der chinesischen Führung um Wen Jiabao und Hu Jintao setzen. Im Falle des Nujiang hofften sie beispielsweise darauf, dass die Staatsführung einlenke. Das Engagement der Umweltschützer bliebe bislang jedoch unprofessionell. Sinnvoller wäre es, den geordneten Weg der Gesetze und Vorschriften zu gehen, so die Meinung des Kommentators.

Die Strategie der NRO könnte dennoch aufgehen. Die Regierung hat in jüngster Zeit vermehrt Entschlossenheit im Umweltschutz gezeigt. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Schutzes von Wasserressourcen. Die nachhaltige Wassernutzung ist in den vergangenen Jahren zu einer zentralen Herausforderung in der Volksrepublik geworden (C.a., 2003/1, Ü 19). Im Jahr 2002 hatte die Regierung eine Revision des Gesetzes zur Wasserversorgung vorgenommen (C.a., 2002/10, Ü 15). Anfang Juli dieses Jahres entließ

die Regierung mehrere Funktionäre aus Chengdu (Provinz Sichuan), deren mangelnder umweltpolitischer Einsatz schwerwiegende Verschmutzungen eines Zubringerflusses des Yangzi zur Folge gehabt hatte. In diesem Zusammenhang stimmt die nun angeordnete Untersuchung in Yunnan in zweierlei Hinsicht optimistisch: Zum einen lässt sich die Entwicklung als Zeichen eines wachsenden Umweltbewusstseins der chinesischen Führung werten. Zum anderen könnte sie ein positives Signal für umweltpolitisch aktive Teile einer entstehenden chinesischen Zivilgesellschaft darstellen. (SCMP, 17.6.04; *The Economist*, 19.6.04; RMRB, 27.6.04, nach BBC PF, 30.6.04; XNA, 5.7.04) -fs-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Berufliche Bildung soll den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepasst werden

Während Hochschulabsolventen Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden (s. nächste Übersicht in diesem Heft), sind die Absolventen von technischen Berufsschulen eine heiß begehrte „Ware“, auf die die Firmen „Scharfschützen“ ansetzen, wie ein Bericht der *Guangmin Ribao* über die Lage im Yangzi-Delta verdeutlicht (GMRB, 8.6.04). Danach konnten im letzten Jahr nur 60% der Hochschulabsolventen, aber über 95% der Absolventen von Berufsschulen eine Anstellung finden, was nicht nur zu erhöhter Konkurrenz um diese Fachkräfte und zu Arbeitsvertragsabschlüssen bereits vor dem Examen, sondern auch zu Lohnangeboten führte, die über denen für Hochschulabsolventen lagen. So konnten Absolventen der Nanjinger Jiaotong Technischen Hochschule in einem gewöhnlichen Fahrzeugreparatur-Betrieb 1.500 Yuan Monatsgehalt erzielen, in einem Unternehmen mit ausländischer Beteiligung sogar 3.000 Yuan. An Beispielen aus Nanjing, Suzhou, Wuxi und Hangzhou macht der Bericht deutlich, dass die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt.

In Nanjing soll der Bedarf an höher qualifiziertem technischem Personal bei über 100.000 Personen liegen, aber nur gut 10.000 können tatsächlich ausgebildet werden. Von derzeit 562.000 Technikern sind nur 7% qualifiziert (*gaoji jigong*) und nur 1% qualifizierte Fachkräfte (*jishi*); hoch qualifizierte technische Fachkräfte (*gaoji jishi*) sind dementsprechend so selten „wie Phönixfedern oder Einhornhörner“, mit nur 99 Personen, zu denen auch bereits pensionierte gerechnet sind, erreichen sie einen Anteil von nicht einmal 1/10.000. Für Shanghai sind die Zahlen noch niedriger, hier liegt der Anteil der Qualifizierten am technischen Personal nur bei 6,2%, in entwickelten Ländern soll er bei 30-40% liegen. Im ersten Quartal dieses Jahres überstieg die Nachfrage nach diesen qualifizierten Technikern das Angebot um das 12fache, bei qualifizierten Fachkräften lag es sogar 20 Mal höher. Unternehmen sollen aufgrund dieser Notlage bereits damit begonnen haben, Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Der Bericht nennt Beispiele, bei denen Techniker aus Italien, Japan und Indien beschäftigt werden.

Dabei ist das Ausbildungspotenzial gemessen an den Schulen sogar ziemlich hoch, aber es fehlt an Schülern. Während die Pläne für die Aufnahme von Schülern in der Zeit des 9. Fünfjahresplans (1996-2000) für Hochschulen und Obere Mittelschulen um 150% bzw. 140% übererfüllt werden konnten, konnten die Fachschulen (*zhongzhuan*) und die Oberen Berufsmittelschulen (*zhiye gaozhong*) ihre Ausbildungsplätze nur zu 80% füllen. Auch die offizielle Statistik zeigt einen Rückgang der Schüler und Absolventen ab 1997, wobei im Jahr 2002 die Zahl der Neuanfänger deutlich gestiegen ist. Als Gründe für die Unterauslastung der Berufsschulen werden an erster Stelle die auch weiterhin gesellschaftlich verbreitete Geringschätzung körperlicher und praktischer Arbeit genannt, sodann aber auch Versäumnisse der Unternehmen, die in der Regel davon ausgehen, fertige Fachkräfte von den Schulen zu bekommen, und nicht selbst die Ausbildungsanstrengungen forcieren.

	Anzahl der Berufsschulen	Anzahl der neuen Schüler (Mio.)	Anzahl der Schüler (Mio.)	Anzahl der Absolventen (Mio.)
1991	4.269	0,544	1,422	0,454
1997	4.395	0,734	1,932	0,699
1998	4.362	0,595	1,813	0,695
1999	4.098	0,515	1,561	0,662
2000	3.792	0,504	1,401	0,646
2001	3.470	0,551	1,347	0,477
2002	3.075	0,733	1,530	0,454

Quelle: *Zongguo Laodong Shehui Baoxian Nianjiang 2003*, Beijing 2003, S.477.

Letzteres, das sei angemerkt, ist besonders fatal angesichts der Versäumnisse der Berufsschulen, die ihrerseits ihre Ausbildungsinhalte und -methoden viel zu wenig auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Unternehmen ausgerichtet haben. Dies zu ändern, stand im Mittelpunkt einer „Arbeitskonferenz zur Berufsbildung“, die am 17. Juni in Nanjing stattfand. Die Bedeutung, die dieser Frage seitens der Regierung beigemessen wird, wurde durch die Beteiligung von insgesamt sieben Ministerien und Kommissionen unterstrichen: Bildungsministerium, Staatliche Reform- und Entwicklungskommission, Finanzministerium, Personalministerium, Arbeits- und Sozialministerium, Landwirtschaftsministerium und das Büro zur Armutsbekämpfung beim Staatsrat. Die programmatischen Reden auf dieser Konferenz wurden von Chen Zhili, Mitglied des Staatsrats, und dem Bildungsminister Zhou Ji gehalten. Beide forderten verstärkte Maßnahmen zur Schaffung eines modernen Berufsbildungssystems (GM-RB, 20.6.04).

Zhou Ji, dessen Rede die *Guangmin Ribao* am 24. Juni abdruckte, wies ebenso wie sein Stellvertreter Wu Qidi der Presse gegenüber darauf hin (XNA, 14.6., 21.6.04), dass die Berufsbildung trotz großer Anstrengungen auch weiterhin das schwächste Glied im Bildungswesen darstelle. Jahrzehntlang sei es nur das Ziel dieser Schulen gewesen, ihren Studenten den Abschluss ihrer Ausbildung zu zertifizieren; gegenüber der tatsächlichen Verbesserung von deren Arbeitsfähigkeiten aber hätten sie sich blind gestellt.

Dies, so hob Zhou in seiner Rede hervor, müsse sich jetzt ändern. Der Arbeitsmarkt selbst, die Qualifizierung für angebotene Arbeitsplätze und de-

ren Übernahme, müssten zu Bewertungskriterien für die Berufsschulen werden. Die Gelegenheit, die Berufsschulen auf ein neues Niveau zu führen, sei außerordentlich günstig: die Prozesse der Industrialisierung, vor allem deren Informatisierung, der Urbanisierung und Globalisierung eröffneten ungeahnte Perspektiven für den Fachkräftebedarf und auch die Probleme in der Landwirtschaft (*sannong wenti*) könnten über den Ausbau der Berufsbildung besser gelöst werden.

Berufsbildung müsse zur Ausbildung für Jobs werden. Dafür seien aber „drei Wandlungen“ (*sange zhuanbian*) und „zwei Verstärkungen“ (*liangge jiaqiang*) notwendig. Wandeln müsse sich die Idee von der Führung der Schulen, deren Modelle und Mechanismen. Zur Wandlung der Idee müsse „Beschäftigung“ die Leitlinie sein und dementsprechend die Aufgaben der verschiedenen Berufsschulen klar definiert werden. Diese sollten ihr Ziel nicht darin sehen, Schüler für die jeweils nächste Schulstufe zu qualifizieren, sondern technisch qualifiziertes Personal (durch die mittleren Berufsschulen) und qualifiziertes Fachpersonal (durch die höheren Berufsschulen) heranzubilden. Das Modell zu ändern heiße, sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes auszurichten, m.a.W. den Markt beobachten, mit Unternehmen und Arbeitsmarktinstitutionen zusammenarbeiten, Kurse und Kursinhalte auf den Bedarf ausrichten und selbst Vermittlungsaktivitäten für die Absolventen ergreifen. Und bei den Mechanismen müssten die Schulen in den Unterrichtsmethoden und Unterrichtsformen flexibler werden; Schulen und Betriebe, Städte und Dörfer, Ost und West müssten besser kooperieren und Schule und Praxis müssten besser kombiniert werden. Auch müsse man re-

guläre Bildungsgänge durch mittlere und kurze Kurse ergänzen, Letztere vor allem für Berufsanfänger, Bauernarbeiter und freigesetzte Arbeitskräfte. Verstärkt werden müsse, so Zhou, die moralische Ausbildung der Berufsschüler sowie die technische Befähigung, womit er die Praxisanteile an der Ausbildung meinte. Dafür müssten aber auch Veränderungen im Lehrkörper und bei deren Fähigkeiten erfolgen.

Die Gelegenheit zur Reform der Berufsbildung, darauf wies Zhou ebenfalls hin, ist nicht nur wegen der gestiegenen Anforderungen günstig, sondern die Kommunistische Partei und die Regierung hätten dies auch erkannt und würden der Berufsbildung erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Schon im Jahre 2002 habe man eine Arbeitskonferenz zur Berufsbildung durchgeführt und 2003 eine zur „Talentförderung“ (vgl. C.a., 2003/12, Ü 13). Der Bildungsplan für die Jahre 2003-2007 (vgl. C.a., 2004/03, Ü 15) sehe ebenfalls konkrete Maßnahmen zur Förderung der Berufsbildung vor wie den „Plan zur Ausbildung dringend fehlender Fachkräfte mit technischen Fähigkeiten für das produzierende Gewerbe und die modernen Dienstleistungen“; bis 2007 soll es 10 Mio. neue Absolventen in den Fachgebieten digitale Steuerungstechnik, Fahrzeugreparatur, Computer und Software sowie Krankenpflege geben. Außerdem gebe es den „Plan zur Ausbildung ländlicher Arbeitsmigranten“, der von sechs Abteilungen des Staatsrats erstellt wurde und vorsieht, dass bis zum Jahr 2005 10 Mio. Bauern vor ihrem Wechsel in nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten ein Orientierungstraining erhalten und die Hälfte von ihnen auch eine berufliche Ausbildung; 50 Mio. Bauern, die bereits im nichtlandwirtschaftlichen Bereich tätig sind, sollen am Arbeitsplatz Bildungsmaßnahmen bekommen. In den Jahren von 2006 bis 2010 sollen dann weitere 50 Mio. Bauern eine Berufsorientierung, davon 30 Mio. eine Ausbildung, sowie 100 Mio. Bildung *on the job* erhalten. Dabei hat die Regierung besonders auch lokale Regierungen aufgerufen, die Bildungsmöglichkeiten zu erweitern und besser zu koordinieren.

Die sieben beteiligten Ministerien und Kommissionen verabschiedeten

ein Dokument mit dem Titel „Einige Ansichten zur weiteren Verstärkung der Berufsbildungsarbeit“, das auch die bessere institutionelle Absicherung der Förderpolitik vorsieht. So wird es künftig gemeinsame Sitzungen dieser Institutionen zur Organisierung der Berufsbildung geben, die finanziellen Inputs sollen erhöht und die Reform vertieft werden. -gs-

17 Zahl der Hochschulbewerber und -absolventen steigt weiter an

Vom 7. bis 9. Juni fanden in ganz China die Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen statt, an denen 7,23 Mio. Bewerber teilnahmen, davon 3,98 Mio. vom Lande. Während die Zahl der Bewerber insgesamt um 17,9% höher lag als im Vorjahr (wofür der „Babyboom“ in der Mitte der 80er Jahre verantwortlich gemacht wird), wiesen Kommentatoren vor allem auf die steigenden Bewerberzahlen ländlicher Studenten hin. Dieser Trend sei geeignet, die Lücke zwischen dem Bildungsstand in der Stadt und auf dem Lande zu schließen. Die Gründe dafür seien zunächst die besseren wirtschaftlichen Bedingungen im Gefolge der Reformen, die es den Bauern ermöglichten, mehr in die Erziehung ihrer Kinder zu investieren, sodann die Ausweitung der neunjährigen Pflichtschulbildung und die damit einhergehende Verlängerung der Schulzeiten; nach Angaben der Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) soll die durchschnittliche Schulzeit für ländliche Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren in den letzten zwei Dekaden um 26,2% gestiegen sein, für städtische Jugendliche nur um 23,8%. – Einschränkend sollte jedoch bedacht werden, dass die wirtschaftliche Besserstellung nicht für alle Bauern gilt und sich generell die Lücke zwischen Stadt und Land eher vergrößert hat, sowohl im Hinblick auf Einkommen als auch in Bereichen wie Bildung oder Gesundheit. – Schließlich führen die Berichte aber auch die Zunahme ländlicher Arbeitskräfte in den Städten als Grund an, da sich diese von Investitionen in die Bildung ihrer Kinder finanzielle „Rückflüsse“ versprechen; diese Kinder sollen einen beträchtlichen Anteil an den ländlichen Bewerbern stellen.

Allerdings befürchten Fachleute, dass die ländlichen Bewerber ihren Anteil bei den Zulassungen nicht werden halten können, da ihr Ausbildungsstand in der Regel niedriger ist als der städtischer Schulabgänger. Sollten sie zugelassen werden, könnten weiterhin die Studiengebühren ein Problem werden. Sie betragen mit rund 6.000 Yuan im Jahr das Dreifache des bäuerlichen Durchschnittseinkommens. Viele ärmere Familien werden sich daher verschulden müssen (über Bankkredite oder Leihen im Familienkreis), denn die staatlichen Hilfen für arme Studenten vom Lande sind trotz Ausweitung begrenzt (XNA, 7.6.04; SCMP, 8.6.04). Mit der Ausweitung der Studentenzahlen hatte die Regierung zugesagt, für Studenten aus armen Familien die Hälfte der Kreditzinsen zu übernehmen. Seit 1999 sollen dies ca. 800.000 Studenten in Anspruch genommen haben. Der *Economist* (12.6.04, S.56) berichtet weiter unter Berufung auf chinesische Quellen, dass 20% der Studenten ihre Kredite nicht wie geplant nach Abschluss des Studiums zurückzahlen konnten. An über 100 Hochschulen soll daher die Vergabe neuer Kredite von den Banken schon gestoppt worden sein.

benängeln besonders die fehlenden praktischen Kenntnisse der Absolventen; das Ausbildungssystem könne mit den sich schnell wandelnden Anforderungen des Marktes nicht mithalten. So kommt es, dass – wie das *Wall Street Journal* nach einer Umfrage berichtete – multinationale Unternehmen trotz hohen Bedarfs und großem Angebot aus der Fülle der Bewerber nur wenige Absolventen anstellen würden. Shell (China) Ltd. nahm von 6.000 Bewerbern und mehreren Hundert, die sich persönlich vorstellten, schließlich nur neun; L'Oreal SA wählte 22 von 1.500 Bewerbern aus (WSJ, 22.6.04). In der Folge dieses „mismatch“ sinken die angebotenen Einstiegsgehälter für Angestellte. Laut Angaben staatlicher chinesischer Zeitungen sollen die Lohnangebote in diesem Jahr um ein Viertel bis ein Drittel niedriger ausfallen als noch 2003. Damit setzt sich ein Trend fort, der schon im zweiten Halbjahr 2003 einsetzte: Stiegen die Angestelltenlöhne im ersten Halbjahr 2003 noch um 7,8%, so fielen sie im zweiten Halbjahr um 14,7%. Dies galt auch für Shanghai (-10%), wo die höchsten Löhne für Angestellte in China gezahlt wurden (47.279 Yuan

	Anzahl der Hochschulen	Anzahl der neu Immatrikulierten	Anzahl der Immatrikulierten	Anzahl der Absolventen
1990	1.075	0,609	2,063	0,614
1995	1.054	0,926	2,906	0,805
2000	1.041	2,206	5,561	0,950
2001	1.225	2,683	7,191	1,036
2002	1.396	3,205	9,034	1,337
2003	1.552 ¹⁾	3,822 ¹⁾	11,086 ¹⁾	2,12 ²⁾
2004				2,8 ³⁾
2005 (gesch.)				3,4 ³⁾

Quelle: *Zhongguo Tongji Zhaiyao* 2003, Beijing 2003, S.174.

¹⁾ XNA, 8.5.04.

²⁾ GMRB, 1.4.04.

³⁾ WSJ, 16.6.04.

Angesichts dieser Zahlen und der mit der Aufnahme eines Studiums verbundenen Hoffnungen auf einen gut-bezahlten Job bleiben die Meldungen über die Schwierigkeiten von Hochschulabsolventen, überhaupt eine Anstellung zu bekommen, alarmierend. Dabei ist der Bedarf an Fachkräften keinesfalls gering (s. vorhergehende Übersicht), aber die Unternehmen

durchschnittliches Jahreseinkommen) (WSJ, 16.6.04). Der *Economist* berichtet sogar von Lohneinbrüchen bis zu 40% gegenüber 2002.

Wie die Studenten auf diese Situation reagieren, versuchte ein Journalist der *Guangmin Ribao* (8.6.04) in der Nordostprovinz Heilongjiang zu erkunden, wo er einige Hundert Stu-

dentem an sechs Hochschulen kurz vor dem Schulabgang befragte. Danach streben 75% von ihnen die Aufnahme einer Arbeit an, wobei allerdings erst 25-33% einen Vorvertrag vorweisen konnten. 25% hatten sich demgegenüber entschlossen, an den Aufnahmeprüfungen für ein Magisterstudium teilzunehmen: Von 34.524 Prüfungsteilnehmern stellen die diesjährigen Absolventen mit 20.399 rund 60%. Weitere Gruppen von Studenten wollen der Jobsuche durch ein Auslandsstudium entfliehen oder, indem sie „bei entsprechender Möglichkeit Pionierarbeit leisten“ (*you jihui chuangye*) wollen, m.a.W. eine selbständige Tätigkeit anstreben. Aufmerken lässt aus Sicht westlicher Bildungspolitiker, dass die Studenten, die im Ausland weiter studieren wollen, mit den Worten zitiert werden, dass ihre Leistungen innerhalb Chinas nicht zur Berufsaufnahme ausreichen.

Problematisch ist aber auch – bei unverändertem Bildungssystem – die Zunahme der höher qualifizierten Absolventen; denn schon jetzt zeichnet sich nach Angaben der *Guangmin Ribao* (21.6.04) für sie ebenfalls eine rückgängige Nachfrage ab. Zwar habe es China geschafft, hinsichtlich der Promotionen weltweit in die vorderste Reihe vorzudringen; derzeit arbeiteten 120.000 Studenten an ihrer Dissertation, 2001 wurden 12.000 Dokortitel verliehen und für 2004 rechnet man mit 30.000 Verleihungen, bis 2010 sogar mit 50.000. Aber die Doktoren würden eben beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zunehmend mit Problemen zu kämpfen haben, nicht nur wegen ihrer eigenen überzogenen Ansprüche, sondern auch weil sie dann als inzwischen ältere und praktisch unerfahrene Bewerber auf die Konkurrenten treffen, die nach Hochschul- oder Fachhochschulabschluss bereits Erfahrungen in Betrieben sammeln konnten und sich nun weiterbewerben. -gs-

18 Chinesische Führung versucht die Medien zu „reinen“

Die chinesische Regierung hat ihre Kampagne zur Stärkung der moralisch-ethischen Erziehung der Jugend inzwischen auf alle Medien ausgeweitet. Vor allem seit April d.J. sind ei-

ne Reihe von Restriktionen verkündet worden, die das Internet, Fernsehen, Radio und Film gleichermaßen treffen. Angesichts von 367 Mio. Jugendlichen bzw. 28% der Bevölkerung, die unter 18 Jahren alt ist, scheinen Partei und Regierung große Befürchtungen zu hegen, dass sie künftig an Einfluss verlieren könnten. Begründet wird die Kampagne allerdings nicht damit, sondern mit schädlichen Einflüssen der Medien auf die Jugend. Sie werden auch für den Anstieg der Jugendkriminalität mit verantwortlich gemacht. Im Jahre 2003 wurden 69.780 jugendliche Straftäter festgenommen, 12,7% mehr als noch 2002. Damit stellen Jugendliche 9,1% aller Strafverdächtigen, wobei sich folgende Trends abzeichnen: Die Täter werden jünger, die Taten schwerer und gewalttätiger, Drogenvergehen unter Beteiligung Jugendlicher nehmen ebenso zu wie Bandenkriminalität (XNA, 29.5.04).

Ein besonderer Dorn im Auge der politisch Verantwortlichen ist dabei das Internet und die privaten Internetcafes. Regelmäßig berichten staatliche Medien über deren „ungesunde“ Auswirkungen auf die Jugend – Berichte, die durch „Studien“ untermauert werden. Nicht nur dass die psychische und physische Gesundheit durch nächtelange Aufenthalte in Internetcafes und suchtartiges Online-Spielen geschädigt werden soll (so wurden zwei übermüdete Jugendliche von einem Zug überrollt), der Konsum pornographischer, gewaltverherrlichender und krimineller Seiten trage wesentlich zum Anstieg der Jugendkriminalität bei.

Dabei seien besonders die Jugendlichen anfällig für die letztlich kleine Zahl „ungesunder“ Webseiten: Von 3.000 Schülern in 53 Mittelschulen aus sechs Beijinger Stadtbezirken hatten 22% pornographische Seiten besucht und 19,6% hatten Erfahrungen mit sexbezogenen Chats im Internet. Deshalb bezeichnete ein Xinhua-Kommentar das Internet sogar als „Tumor“, den man bisher auch durch ausgedehnte Kontrollen nicht hat beseitigen können. Immerhin seien seit Beginn landesweiter Kontrollen bereits 500.000 Inspektionsreisen durchgeführt, 32 Mio. Yuan an Strafgeldern erhoben, fast 70.000 PCs konfisziert und 15.900 Internetcafes geschlossen worden (XNA, 23.5.04, nach BBC PF, 26.5.04). Seit Beginn der neuen Kam-

pagne im Februar mussten bis Mai 8.600 unlicenzierte Cafes ihr Geschäft einstellen. Außerdem wurde angeordnet, dass Internetcafes nicht im Umkreis von 200 Metern von Schulen operieren dürften. Und Jugendliche unter 18 Jahren sollen durch Kontrolle der Personalausweise am Betreten der Cafes gehindert werden (XNA, 10.5.04).

Dennoch will die Regierung die Nutzung des Internets nicht einfach untersagen, da sie zugleich dessen Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung und Wissensaufnahme anerkennt und schätzt. Vielmehr soll das Internet zu einem „wichtigen Medium einer fortschrittlichen Kultur“ in China werden. Diesem Dilemma will man durch eine Mischung von Restriktionen und Selbstverpflichtungen entgehen:

- Am 18. Juni kamen rund 400 Betreiber von Internetcafes in Beijing zum ersten chinesischen „Forum zur Entwicklung von Internetbars“ zusammen und hörten sich an, wie sie künftig die Jugend zu schützen hätten. Ein Teilnehmer fasste das Ergebnis mit den Worten zusammen: „It's mostly about not letting minors get in.“ (Kyodo News Service, 18.6.04, nach BBC PF, 19.6.04).
- In einem Rundschreiben verkündete das Informationsministeriums (MII), künftig die Kontrolle über Bulletin Board Systems (BBS) und Chatrooms zu verstärken, da diese besonders Jugendliche ansprechen. Außerdem sollen Internetprovider illegale Cafes künftig vom Internetzugang abtrennen, um zu verhindern, dass sich diese durch Umzug aufs Land vom staatlichen Zugriff freimachen (XNA, 18.6.04). Vor allem die BBS und Chatrooms machen den Behörden Sorgen, da hier auch Informationen verbreitet und diskutiert werden, die auf den offiziellen Seiten zensiert wurden – wie z.B. die Rede von US-Vizepräsident Dick Cheney in Shanghai (WSJ, 3.5.04).
- Das Kulturministerium hat ein Komitee eingerichtet, das künftig alle importierten Online-Spiele vor ihrer Zulassung prüfen wird, ob diese z.B. gegen die

Verfassung verstoßen, die nationale Einheit oder die staatliche Sicherheit gefährden, den Ruhm Chinas beschädigen oder die soziale Ordnung stören. Derzeit sollen in China über 140 Spiele auf dem Markt sein, davon 80% ausländische (XNA, 31.5.04).

- Die China Internet Association in Beijing hat Website-Erstellern, Internet Services Providern und anderen Organisationen, die mit dem Internet zu tun haben, einen Selbstverpflichtungspakt vorgeschlagen, der mit 31 Paragraphen zum Schutz der intellektuellen Eigentumsrechte sowie zur Verhinderung von Cybercrime beitragen soll. Die Provider verpflichteten sich damit, keine die Sicherheit oder soziale Stabilität gefährdenden Informationen zu verbreiten und keine, die abergläubische oder erotische Inhalte haben; auf solche Seiten soll nicht verlinkt werden und solche Seiten aus dem Ausland sollen geblockt werden (XNA, 18.6.04).

Zugleich hat das MII alle relevanten Institutionen aufgefordert, für die online-Verbreitung „gesunder“ Informationen zu sorgen sowie „gesunde“ den Geist anregende Softwarespiele zu fördern. Außerdem will sich das Ministerium gemeinsam mit dem Frauenverband dafür einsetzen, dass es mehr Internetzugänge in den Haushalten gibt, da es sich davon „gesünderen“ Zugang zum Netz verspricht (XNA, 18.6.04).

Beklagt wird, dass die Zahl der Kontrolleure zu gering sei. Ende 2003 soll es nach Angaben des Kulturministeriums in China 292.000 Geschäfte auf dem Kulturmarkt gegeben haben, davon 132.000 in den Städten. Das heißt, es gab mehr Einheiten auf dem Lande, aber die 11.000 Vollzeitinspektoren arbeiten nur in den Städten (XNA, 23.5.04, nach BBC PF, 26.5.04). Wohl auch deshalb wird die Bevölkerung verstärkt zur Mithilfe bei der Kontrolle der Internetcafes aufgerufen. Am 10. Juni wurde eine Seite ins Netz gestellt, auf der Bürger illegale und ungesunde Online-Informationen melden können (XNA, 10.6.04).

Aber nicht nur das Internet ist Ziel von Restriktionen, am 30. April wur-

den Regeln bekannt gegeben, die auch das Fernsehen sowie Radio und Film beschränken sollen. Entsprechende Richtlinien gab es wohl schon länger, aber sie wurden bisher wenig beachtet. Wenn Kommentatoren auch davon ausgehen, dass die jetzigen Beschränkungen nicht lange befolgt werden, so greifen sie doch zunächst in die Produktionen ein. So sollen sich Moderatoren nicht mehr so schrill frisieren oder kleiden und sie sollen englische Ausdrücke in ihren Ansagen vermeiden ebenso wie das Imitieren taiwanischer oder Hongkonger Akzente; kurz, die Programme sollen „dem sozialen System Chinas und seinen nationalen Bedingungen“ entsprechen.

Der Schwerpunkt soll aber auch bei diesen Regeln auf der Unterdrückung von Sex und Gewalt liegen; Kriminalfilme sowie Polizei- und Kriminalshows werden aus den Hauptsendezeiten verbannt. Importprogramme, die westliche Ideologie und Politik fördern, sollen nicht mehr gezeigt werden, ebenso wie alle Programme, die Aberglaube, Pseudowissenschaftliches oder Geldverherrlichung beinhalten. Der Import neuerer Kinofilme (wie z.B. Spiderman 2, Shrek 2 oder Harry Potter) wurde auf den August verschoben (WSJ, 14., 19., 24.5.04).

Doch ähnlich wie beim Internet steht die Regierung auch im Film- und Fernsehbereich vor einem Dilemma, sind doch die ausländischen Produktionen sehr beliebt und bringen mehr Einnahmen. Der Ausbau der Kulturindustrie ist aber auch erklärtes Ziel der Regierung und dabei soll ausdrücklich ausländisches Kapital helfen. Jetzt wurde der Anteil historischer Seifenopern und Martial-Arts-Filme aus Taiwan und Hongkong auf 25% der importierten Fernsehprogramme beschränkt und nur noch 40% aller Cartoons dürfen im Ausland produziert sein (ebd.).

Im Gegenzug sollen Eigenproduktionen gefördert werden. So gab die State Administration of Radio, Film and Television (SARFT) bekannt, dass sie ab dem Jahr 2004 acht Mio. Yuan für die Herstellung von Kinderfilmen und weiter 5 Mio. für die Produktion von Kindercartoons ausgeben wolle (XNA, 31.5.04). Außerdem forderte sie alle TV-Stationen auf Provinzebene dazu auf, bis Ende 2006 spezielle Kinderkanäle einzurichten und mehr

kindergerechte Programme (Cartoons, Filme, Fernsehspiele, Erziehungs- und Unterhaltungsprogramme) zu schaffen. Der größte Sender CCTV hat bereits im Dezember 2003 mit der Ausstrahlung eines Kinderprogramms begonnen (XNA, 29.5.04).

Freuen dürfte es da die Verantwortlichen, dass ein in China hergestelltes Comicbuch („Die Legende von Nezha“) Harry Potter als Bestseller abgelöst hat. Der Präsident des Verlages erklärte denn auch: „This shows the Chinese traditional culture has an enduring life“ (XNA, 31.5.04). -gs-

19 Internationales Kulturforum 2004 in Beijing

Am 21. und 22. Mai 2004 fand in Beijing ein Internationales Kulturforum statt. Es wurde gemeinsam von der Bertelsmann-Stiftung und der China International Culture Association (einer dem Kulturministerium unterstehenden Organisation für Kulturaustausch) veranstaltet, wobei die Initiative bei der Bertelsmann-Stiftung in Person ihrer Vizepräsidentin Liz Mohn lag. Liz Mohn hatte das Kulturforum bereits zwei Jahre zuvor mit ihrem chinesischen Partner, Kulturminister Sun Jiazheng, vereinbart. Ziel des Forums, das Bestandteil des Kulturaustauschprogramms zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China ist, war ein chinesisch-europäischer Kulturdialog; namentlich der Einfluss der wirtschaftlichen Globalisierung auf die chinesische und europäische Kultur sollte zur Diskussion kommen. Der Teilnehmerkreis umfasste über 140 Personen und setzte sich aus Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur zusammen.

Das Kulturforum stand unter dem Motto „Cultural Diversity – Learning from Each Other, Acting Together“ („Vielfalt der Kulturen – Voneinander lernen, miteinander wirken“, *wenhua duoyangxing – huxiang ruexi, gongtong nuli*). Die Bewahrung der eigenen kulturellen Identität angesichts zunehmender Globalisierung, die sich längst nicht mehr auf die Wirtschaft beschränkt, ist in China seit mehreren Jahren ein heiß diskutiertes Thema, sodass die Veranstaltung auf großes Interesse stieß. Obwohl man in Chi-

na realistischerweise sieht, dass sich kulturelle Einflüsse von außen, insbesondere vom Westen, nicht verhindern lassen und diese teilweise auch bejaht werden, lehnt die offizielle Kulturpolitik (und nicht nur diese, sondern auch weite Teile der Bevölkerung) eine globale Einheitskultur unter US-amerikanischem Vorzeichen ab. Stattdessen will man an der chinesischen Kultur mit ihrem eigenen Wertesystem und ihren Besonderheiten festhalten. Dabei hat die chinesische Kultur keineswegs mehr wie zu Maos Zeiten und großenteils auch noch in den 1980er Jahren als von der Kommunistischen Partei propagierte Einheitskultur zu gelten; vielmehr manifestiert sie sich in einer überaus bunten Vielfalt, die neben der offiziell vertretenen Kultur die verschiedenen Lokalkulturen, die Kulturen der nationalen Minderheiten, traditionelle und zeitgenössische, ernste und Volkskultur bis hin zu Untergrundkultur umfasst. In dieser Hinsicht fühlt sich China Europa nahe, dessen gelebte kulturelle Diversität es als vorbildhaft ansieht. Diesen Standpunkt hat China in seinem „EU Policy Paper“ vom Oktober 2003 ebenso wie auf dem Asia-Europe Meeting on Cultures and Civilizations vom Dezember 2003 verdeutlicht.

Das Programm der Veranstaltung war ganz auf die genannte Zielsetzung ausgerichtet. Die beiden Begrüßungsansprachen standen unter dem Motto „Diplomacy of Inter-Cultural Understanding – A Cultural Strategy for EU-China Relations“. Die erste Sitzung war dem Thema „Chinese and European Culture in the Age of Globalization“ gewidmet; Redner waren u.a. Helmut K. Anheier, Direktor des Center for Civil Society der University of California, und Zhang Xinjian, stellvertretender Generaldirektor der Abteilung für die Verwaltung des Kulturmarktes im chinesischen Kulturministerium. Die zweite Sitzung behandelte in zwei Panels das Thema „Multinationals and Diversity – Levelling of Culture in China and Europe?“. Das eine Panel befasste sich mit „The Public Role of Global Media in a Culturally Diverse World“, das andere mit „The Cultural Dimension of Economic Development“. Im Medienpanel hielten u.a. Zhang Changming, Vizepräsident von CCTV, Gerhard Zeiler, Chef der RTL-Gruppe, Li Yifei, Generalmana-

ger von MTV Networks China Viacom Asia, und Ewald Walgenbach, Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG Vorträge. Im Business Panel lieferten u.a. Vertreter verschiedener Unternehmen, so von der Henkel-Gruppe, von Bertelsmann und Volkswagen Beiträge. Heinrich von Pierer, Chef der Siemens AG, hatte bereits am Abend vorher ein Dinner Speech gehalten. Auf der dritten Sitzung standen unter der Überschrift „Foreign Cultural Affairs: How to Bridge China and Europe?“ die chinesisch-europäischen Kulturbeziehungen im Mittelpunkt. Hauptredner war der stellvertretende Kulturminister Zheng Xinmiao; Diskussionsbeiträge lieferten u.a. die Hamburger Kultursenatorin Karin von Welck, der Direktor der Asia-Europe Foundation (Singapore) Delfin Colomé, der Direktor der chinesisch-französischen Kulturjahre Jean-Pierre Angrémy, der Direktor des Hauses der Kulturen der Welt (Berlin) Hans-Georg Knopp und der General Manager der China Arts and Entertainment Group (Beijing) Zhang Yu.

Die an das Beijinger Kulturforum gestellten Erwartungen waren hoch; so erhoffte man sich von deutscher Seite eine Intensivierung des chinesisch-europäischen Kulturdialogs sowie die Entwicklung von Vorschlägen für eine Vertiefung der kulturellen Verständigung und Zusammenarbeit beider Kulturräume (lt. Projektinformation der Bertelsmann-Stiftung vom 27.1.04 und Begrüßungsrede von Liz Mohn, XNA, 21.5.04). Der chinesische Kulturminister stellte in seiner Begrüßungsansprache fest, dass der Kulturaustausch zwischen China und Europa in den letzten Jahren einen großen Aufschwung erlebt habe und aufgrund beiderseitiger Bemühungen fruchtbare Ergebnisse zeitige. Der chinesisch-europäische Kulturaustausch nehme einen breiten Raum ein und habe eine glänzende Zukunft, nicht zuletzt infolge der umfassenden strategischen Partnerschaft, die zwischen China und Europa bestehe. China, das wurde aus den Ausführungen des Kulturministers deutlich, misst in kultureller Hinsicht Europa eine ganz besondere Bedeutung bei.

Die Antwort auf die Frage, inwieweit die an das Kulturforum von beiden Seiten gestellten Erwartungen erfüllt wurden, muss ambivalent ausfallen.

Als ein wichtiges Ergebnis ist zu werten, dass sich beide Seiten auf Empfehlungen für eine nachhaltige Strategie des chinesisch-europäischen Kulturdialogs verständigten. Der Katalog der Empfehlungen umfasst acht Punkte:

- Es soll eine Außenkulturpolitik auf europäischer Ebene angestrebt werden. Bislang erfolgt der Kulturaustausch mit den europäischen Ländern lediglich auf bilateraler Ebene, sodass er weitgehend unkoordiniert ist. Es gibt z.B. keine europäischen Filmfestspiele. Dabei ist jedoch nicht an eine Zentralisierung der chinesisch-europäischen Kulturbeziehungen gedacht, sondern an eine bessere Koordinierung.
- Mit dem Ziel größerer Nachhaltigkeit sollen die Kulturbeziehungen prozess- und projektorientiert sein. An die Stelle des bisher vorherrschenden Exports nationaler Kulturgüter soll die Zusammenarbeit durch partnerschaftliche interkulturelle Projekte gestärkt werden.
- Neben offiziellen Mittlerorganisationen sollen vor allem private Initiativen und öffentlich-private Partnerschaften zur Geltung kommen.
- Europas Defizit in Bezug auf die Kenntnis der chinesischen Kultur soll durch eine stärkere Berücksichtigung der chinesischen Kultur in der Kultur- und Bildungspolitik der europäischen Länder ausgeglichen werden.
- Die europäisch-chinesischen Kulturbeziehungen konzentrieren sich bislang großenteils auf Beijing. Angestrebt wird eine Ausweitung auf andere Provinzen und Regionen Chinas.
- Die europäischen Mittlerorganisationen sollen die auf chinesischer Seite mit dem Kulturaustausch offiziell befassten Organe evaluieren und ihre Erfahrungen weitergeben; auf diese Weise sollen eine bessere Qualität und mehr Wettbewerb zwischen den chinesischen Organen sichergestellt werden.

- Die neuen Medien sollen im Kulturaustausch eine größere Rolle spielen, beispielsweise durch Einrichtung von Informationsportalen, Diskussionsforen u.Ä. Das Ziel dabei ist, mehr Transparenz, verbesserten Zugang und Ausweitung der Netzwerkbildung zu erreichen.
- Das bisher geltende Prinzip der Gegenseitigkeit im Kulturaustausch zwischen Europa und China muss neu überdacht werden; sonst würde es unüberwindliche Schwierigkeiten bei Projekten geben, an denen mehrere europäische Staaten beteiligt sind.

(Quelle: Background Paper der Bertelsmann-Stiftung vom 12.7.04)

Wenn die Empfehlungen auch keine Verbindlichkeit haben, so bedeutet es doch einen großen Fortschritt, dass sie auf dem Kulturforum zur Sprache kamen. Sie werden nicht ohne Einfluss auf die künftigen Kulturbeziehungen zwischen China und Europa bleiben.

Positiv zu vermerken ist auch die große Bandbreite der diskutierten Themen, die von den Möglichkeiten des chinesischen Kulturmarktes bis zur Entstehung einer Zivilgesellschaft in China reichten. Vonseiten deutscher Teilnehmer wird hervorgehoben, dass die Diskussionen auf chinesischer Seite in großer Offenheit, selbstbewusst, aber durchaus auch mit selbstkritischer Differenzierung geführt wurden. Bemerkenswert ist auch, dass der chinesische Partner bei der Vorbereitung des Forums alle Themen- und Redner-vorschläge, die die Bertelsmann-Stiftung unterbreitete, mitrug (so Werner Weidenfeld, Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung). Diese Offenheit an sich ist schon als Erfolg zu verbuchen.

Bei aller Dialogbereitschaft scheint jedoch Skepsis angebracht, was die Interessenkonvergenz der beiden Seiten an dem Dialog anbelangt. Zu unterschiedlich war die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft. Während auf chinesischer Seite hauptsächlich Regierungs- und Parteifunktionäre das Programm und die Diskussionen bestritten, waren es auf deutscher Seite überwiegend Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und kulturellen Mittlerorganisationen. Diese Konstel-

lation ließ hinter der dialogbetonten Fassade durchaus Interessengegensätze sichtbar werden (Mark Siemons in der FAZ vom 28.5.04, S.39). So wurde deutlich, dass der Kulturaustausch in China in den Dienst des Patriotismus gestellt wird. Dies bedeutet nicht nur, dass China seine eigene Kultur vor äußeren Einflüssen schützen will, sondern eben auch Abschottung und Einschränkung der Meinungsfreiheit für legitim hält sowie das Konzept kultureller Vielfalt instrumentalisiert, um sich gegenüber dem Westen und insbesondere Amerika kulturell abzugrenzen. Und wenn der chinesische Kulturminister in seiner Eröffnungsansprache das Potenzial des chinesischen Kulturmarktes anpries, dann sicher nicht, um den europäischen Medien freien Zugang anzubieten. Nicht zuletzt der Bertelsmann-Konzern selbst weiss um die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Die deutschen Unternehmensvertreter ihrerseits bekundeten ihre Absicht, bei ihren Aktivitäten in China stärker die kulturellen Unterschiede zu beachten. Dies ist als Teil ihrer Marktstrategie zu werten, denn es ist kein Geheimnis, dass zumal europäische Medienunternehmen darauf warten, ihre Chinaaktivitäten ausweiten zu können. Mit Ausnahme eines Murdoch-Senders auf regionaler Ebene ist jedoch z.B. das Fernsehgeschäft nach wie vor in der Hand des chinesischen Staates. Am Rande des Kulturforums wurde bestätigt, dass CCTV und RTL einen losen Austausch von Programmen und Weiterbildungsmaßnahmen planen. Bertelsmann als weltweit größter Medienkonzern ist auf dem chinesischen Kulturmarkt bislang nur mit Lizenzvergaben für drei Zeitschriften und mit seinem Buchclub vertreten. Letzterer soll allerdings, so wurde ebenfalls verkündet, von gegenwärtig 1,5 Mio. Mitgliedern in China bis zum Jahre 2007 auf 5 Mio. anwachsen. Zu diesem Zweck sollen allein in diesem Jahr fünfzig neue Buchclubfilialen gegründet werden. (*taz*, 22.5.04; *Die Welt*, 24.5.04; vgl. auch Bernd Wagner, „Kulturelle 'Joint Ventures'. Internationales Kulturforum der Bertelsmann Stiftung und des chinesischen Kulturministeriums“, *Kulturpolitische Mitteilungen*, Nr.105, II/2004, S.10-11)

Das Kulturforum hat viele Fragen angeschnitten, und die Tatsache, dass

es in einer offenen Atmosphäre stattfinden konnte, ist positiv zu bewerten. Aber bis die Probleme des Kulturaustauschs für beide Seiten befriedigend gelöst sein werden, wird noch viel Zeit vergehen. Das Kulturforum fand in den chinesischen und deutschen Medien großen Widerhall. Es zeigte vor allem eines: Dass China sich nun auch auf kulturellem Gebiet der europäischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft gegenüber zu öffnen beginnt. (Vgl. GMRB, 21.5.04; *Sanlian*, 22.5.04; *China Womens News* [chin.], 29.5.04, und div. andere Blätter.)

Aus Anlass des Kulturforums hat das Institut für Asienkunde im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung eine Zeittafel der chinesisch-europäischen Kulturbeziehungen erstellt, die wir in diesem Heft veröffentlichen. -Brunhild Staiger-

Außenwirtschaft

20 Zugangsbarrieren für ausländische Unternehmen im Einzelhandel weiter reduziert

Ab dem 1. Juni 2004 gelten neue Bestimmungen für die Genehmigung von ausländischen Einzelhandelsunternehmen durch die chinesischen Behörden. War bisher das Handelsministerium für die Genehmigungsverfahren bei der Eröffnung neuer Filialen ausländischer Einzelhandelsunternehmen zuständig, so kann darüber nunmehr die Lokalregierung entscheiden. Es wird damit gerechnet, dass sich dadurch der Wettbewerb verstärken und das Niveau im Einzelhandel weiter verbessern wird.

Allerdings gibt es bestimmte Beschränkungen hinsichtlich des Güterangebots der ausländischen Einzelhandelsunternehmen, die durch die lokale Ebene genehmigt werden können. So dürfen die Lokalbehörden keine Supermärkte zulassen, die Handel mit Fernsehgeräten oder Telefonen betreiben. Auch die Genehmigung von Internet-Cafes durch Lokalregierungen ist nicht erlaubt. Weitere Beschränkungen sehen vor, dass ein einziger Supermarkt nicht größer als 3.000 qm